

Attentat auf Charlie Kirk

Heute löschen sie Wörter, morgen Menschen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Charlie Kirk brachte Debatte dorthin, wo Gesinnung regiert – auf den linken Campus. Doch in einem Klima, wo politische Gegner niedergebrüllt werden, wird freie Rede zur Gefahr und Mord die Konsequenz.



Charlie Kirk, der einflussreichste rechte Debattierer der USA, war einer, der den Wettbewerb der Ideen suchte. Genau dort, wo linke Ideologie ihn am wenigsten erträgt: an den Universitäten. Während einer offenen Fragerunde an der Utah Valley University traf ihn vor rund 3'000 Leuten ein tödlicher Schuss aus dem Gewehr

eines linken Fanatikers. Eine Stichflamme des Hasses, ein gezieltes Attentat auf einen Menschen mit freier Meinung.

Linke Ideologie als Ursache

Warum? Weil linkes Denken einer abgeschlossenen Ideologie folgt. Wettbewerb der Meinungen ist darin unerwünscht, ja verhasst – er könnte die «falsche» Meinung siegen lassen. Also schnürt man Sprachkorsetts, verhängt Verbote und «Hass-und-Hetze»-Labels, sperrt Plattformen und beseitigt Existenzen. Wer nicht mit tut, gilt als moralisch defekt – nicht widerlegt, sondern delegitimiert. Der logische Endpunkt, wie alle sozialistischen Systeme zeigen: Elimination, Gefängnis, Diktatur. Heute löschen sie Wörter, morgen Menschen.

Im Herz der Linksmoral

Kirk zielte genau ins Herz dieser Ideologie: Er sass vor tausenden Studenten, holte unter dem Slogan «Prove me wrong» Widerspruch ans Mikrofon und zerlegte die Wokies mit Fragen und Fakten. Der mediale Reflex nach dem Attentat war entlarvend: Der Tagesanzeiger sprach von einer «Schiesserei». SRF stellte die Entlassungen jener Amis, die den Mord gefeiert hatten, als Hetzjagd auf Leute, die sich – Zitat – «kritisch» zu Kirk geäussert hätten, dar. Und in Deutschland erklärte die ZDF-Moderatorin, der Mord sei «mit nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit seinen oftmals abscheulichen, rassistischen, sexistischen und menschenfeindlichen Aussagen». Heisst doch: Selber schuld, dass er ermordet wurde.

Und in der Schweiz?

Wer meint, das sei ein amerikanischer oder ein deutscher Exzess, der irrt. Die Schweiz spürt denselben Geist – leiser, dafür immer stärker: In Zürich wurde an der Schwamendinger Chilbi ein SVP-Stand zerstört. In Lausanne wurde der SVP-Gemeinderat Thibault

bei Krawallen attackiert. Hans Fehr wurde vor Jahren beim Albisgütli vom Schwarzen Block verprügelt, Andi Glarner bei einem Schweizerzeit-Vortrag mit Rauchbomben empfangen. Und als im Thurgau eine Gemeinde Dr. Markus Krall an den 1. August einlud, startete die SP eine Kampagne, in deren Folge die Gemeindepräsidentin mit Morddrohungen eingedeckt wurde, inklusive der Drohung, ihre Katze zu vergiften. Das Muster ist stets gleich: Erst stigmatisieren, dann einschüchtern, am Ende zuschlagen.

Cancel-Kultur als Gewaltvorstufe

Die Cancel-Kultur ist die Vorstufe zur politischen Gewalt. Wer Gegner moralisch entmenslicht, macht Gewalttättern die Arbeit leichter. Nicht «die Linke» schiesst – aber in einer Ideologie ohne Zweifel fällt dem Einzelnen das Schiessen leichter, weil es scheinbar das Böse, den Nazi, trifft. Da hilft nur eins: Drohungen, Sachbeschädigung und Gewalt gehören vor gnadenlose Richter. Sicherheitsdispositive dürfen nie als Vorwand dienen, unliebsame Stimmen fernzuhalten. Das Gesinnungsstrafrecht und Gummiparagrafen gegen Meinung gehören auf den Abfallhaufen der Geschichte. Strafrecht soll Menschen – nicht Ideologien – schützen.

Nicht schweigen, kämpfen

Kirk wurde ermordet, weil er den Wettbewerb der Ideen lebte – und damit die bequeme Gewissheit der Gesinnung störte. Wenn wir jetzt schweigen, gewinnt die Angst. Wer Freiheit will, muss den Streit verteidigen. Heute. Auf dem Campus. An Ort und Stelle. In den Medien. Sonst bleibt am Ende das, was jede Ideologie übrig lässt: Stille und Gewalt.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Auch unter dem angeblich bürgerlich denkenden und handelnden Friedrich Merz, der sich dank seiner Brandmauer-Politik zum Gefangenen der überall drastisch verlierenden Linken gemacht hat, wird die deutsche Energiewende, wie von Links-Grün ausgeheckt, bis zum bitteren Ende durchgestiert. Sie soll schliesslich fünfzehn Billionen (15'000'000'000'000) Euro kosten. Bald scharenweise fliehen deutsche Firmen ins Ausland. Auch unter dem angeblich bürgerlichen Bundeskanzler taumelt Deutschland dem Abgrund entgegen.

us